|  |
| --- |
| Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Maßnahmen nach der Aktion 21.10.0 |

***„Alphabetisierung und Verbesserung der Grundbildung Erwachsener“***

|  |
| --- |
| nach Nr. 7.2 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen der Alphabetisierung und Verbesserung der Grundbildung Erwachsener mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus und des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.08.2022 (MBl. LSA S. 324) |

|  |  |
| --- | --- |
| Name und Anschrift Antragsteller/-in | Ansprechpartner/-in für Rückfragen  (mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse) |
| Bankverbindung  Inhaber:  IBAN:  BIC:  Geldinstitut: |

Vorhabenbezeichnung:

Hiermit beantrage ich/ beantragen wir gemäß Nr. 7.2. der o.g. Richtlinie für die Zeit vom ………………… bis ……………eine Zuwendung in Höhe von ……………… EUR.

**1. Bezeichnung der Maßnahme (Bitte ankreuzen)**

|  |
| --- |
| Bildungsveranstaltungen zur Alphabetisierung und Grundbildung von Menschen mit geringer Lese- und Schreibkompetenz (Nr. 2a) Richtlinie)  die Einrichtung regionaler Grundbildungszentren (GBZ) mit Unterstützungsstruktur zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener (Nr. 2b)  Maßnahmen zur Sensibilisierung der Gesellschaft zum Themenschwerpunkt Alphabetisierung und Grundbildung  Schulungen zur Qualifizierung des pädagogischen Personals in der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit (Fort- und Weiterbildung)  Modellprojekte für innovative Lehr- und Lernerfahrungen auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung sowie neue Möglichkeiten der Ansprache und Gewinnung von Zielgruppen |

**2. Kurzbeschreibung der Maßnahme (maximal 1 Seite/ggf. Erläuterung von Kooperationen)**

|  |
| --- |
|  |

**3. Dauer der Maßnahme**

|  |
| --- |
|  |

**4. Zielgruppen der Maßnahme**

|  |
| --- |
|  |

**5. Angaben zum notwendigen finanziellen Aufwand**

|  |
| --- |
|  |
| Alle Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten sind im als Anlage 2 beigefügten Kosten- und Finanzierungsplan enthalten.  Im Fall der Beantragung nach Fördergegenstand Nr. 2d) oder Nr. 2e) der RL weise/n ich/wir die direkten Sachausgaben einzeln nach. |

6. Bestandteile des Antrages:

Anlage 1.1: Vorhabenkonzeption

Anlage 2: Antragskalkulation (Kosten- und Finanzierungsplan)

Anlage 3: Nachweis bisheriger Tätigkeiten (für Personalstellen)

Anlage 4: Erklärung zum Personaleinsatz

Anlage 5: Tätigkeitsbeschreibung

Anlage 6: Erklärung zum Subventionsrecht

Anlage 7: Erklärung zur Publizierung von Vorhabendaten

Anlage 8: Erklärung zur Buchführung

Anlage 9: Erklärung Anteilsfinanzierung

Anlage 10: Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten

Anlage 11: Nachweis der Vertretungsberechtigung (z.B. Handelsregisterauszug)

Anlage 12: Indikatorenerhebung (nur bei Fördergegenständen Nr. 2a) und 2b)

Anlage 13: Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer (nicht bei kommunalen Gebietskörperschaften)

Anlage 14: steuerliche Unbedenklichkeitserklärung des Finanzamtes (nicht bei öffentlichen Antragstellern)

Anlage

7. Erklärungen:

|  |  |
| --- | --- |
| Ich / wir erkläre(n),   1. dass mir/uns die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus und des Landes Sachsen-Anhalt (Richtlinie „Alphabetisierung und Verbesserung der Grundbildung Erwachsener“) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt sind.   Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung   * die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk)   sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.   1. Ich / wir erklären (bitte ankreuzen), dass der Projektträger   eine anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung nach dem Gesetz zur Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt (Erwachsenenbildungsgesetz Sachsen-Anhalt - EBG LSA) vom 25. März 2021 (GVBI. LSA S. 126) ist,  keine anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung ist,  der Sitz der Einrichtung in Sachsen-Anhalt liegt und  eine mehrjährige Erfahrung in der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit vorliegt. (Bitte auf gesondertem Blatt erläutern.)   1. Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen.   Nach der Bekanntgabe der Juryentscheidung im Verfahren der Vorhabenauswahl darf der/die Antragstellende auf eigenes Risiko mit dem Vorhaben beginnen (förderunschädlicher Vorhabenbeginn), frühestens jedoch mit dem Datum aus der Antragstellung.  Ich/wir erkläre/n, das Landesverwaltungsamt schriftlich hierüber zu informieren, soweit zum Zeitpunkt des beantragten Projektbeginns noch kein Zuwendungsbescheid vorliegt.  Mir/Uns ist bekannt, dass als Projektbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Die Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten für das Vorhaben und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Vorhabenbeginn.  Mir/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt.   1. Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung der beantragten Zuwendung gesichert. 2. Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich dem Landesverwaltungsamt mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird 3. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zum Vorsteuerabzug   berechtigt bin/ sind (Preise ohne Mehrwertsteuer)  nicht berechtigt bin/ sind (Preise mit Mehrwertsteuer)  für das beantragte Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt bin/sind  und dieses bei den Ausgaben berücksichtigt habe(n).   1. Ich / wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten. 2. Ich / wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen. 3. Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Ausgaben- und Finanzierungsplan zu diesem Antrag angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt. 4. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten. 5. Ich versichere / wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten. 6. Mir / uns ist bekannt, dass das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden. 7. Ich / wir erkenne(n) an, dass das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten. 8. Mir / uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 VO [EU] Nr. 2016/679 [Datenschutz-Grundverordnung], § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt – DSAG).   Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Kühnauer Straße 161, 06846 Dessau-Roßlau verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.  Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein/ unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.   1. **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören insbesondere Angaben   - zur Rechtsform und zum Sitz des Antragstellers,  - zu den geplanten Personal- und Sachausgaben und  - zum Leistungsinhalt / Leistungsumfang (Konzept)   * sowie zu den antragsbegleitenden Unterlagen des Ausgaben- und Finanzierungsplans, Vollmachterklärungen und Erklärungen zur Vergabe von Aufträgen.   Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).   1. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir die Informationen zur Wahrung der Charta der Menschenrechte der Europäischen Union zur Kenntnis nehme/n und das Vorhaben im Einklang mit der Charta der Menschenrechte der Europäischen Union umsetzen werde/n. | |
|  | |
| (Ort, Datum) | |
|  | |
| (Name in Druckbuchstaben) | rechtsverbindliche Unterschrift, Stempel |